

Denkmalpflege im postheroischen Zeitalter

Der Geschäftsführer der GGG Chemnitz, Peter Naujokat bat mich, über das Thema Denkmalschutz und Stadtumbau zu sprechen. Ich bin seiner Bitte sehr gerne gefolgt, - wobei, lassen Sie mich dies vorausschicken - mir scheint, dass dieses Thema in seinem „Diskussionsvolumen“ einen gewissen Erschöpfungsgrad erreicht hat. Wo wenig oder keine Investitionen sind, wo demographischer Wandel und Migration der Jungen bereits spür- und erlebbar unseren Alltag hier in Mitteldeutschland bestimmen, verliert der Denkmalschutz im traditionellen Selbstverständnis an Bedeutung. Sie kennen wahrscheinlich die vom Berliner Institut für Weltbevölkerung und globale Entwicklung im April 2004 vorgelegte Deutschlandstudie „Deutschland „2020“, die durch Länderprofile ergänzt wurde. Die für Sachsen wesentlichen Daten seien im folgenden noch einmal knapp zusammengestellt¹. Ich halte dies für unverzichtbar, da die Denkmalpflege Teil einer sich wandelnden Gesellschaft ist und die Veränderungen, die zugleich Veränderungen „denkmalpflegerischer Geschäftsgrundlage“ sind, zur Kenntnis nehmen muss.

1. Aktuelle Rahmenbedingungen der Denkmalpflege

1. Seit 1990 hat Sachsen knapp 800.000 Einwohner verloren. Es ist dies die Summe aus Wanderungssaldo (d.h. Zuzüge minus Fortzüge) und natürlichem Saldo (Geburten minus Sterbefälle). Der Bevölkerungsverlust allerdings setzt bereits in der DDR ein: von 5,7 Mio. Einwohnern im Jahr 1950 waren 1990 nur noch 4,91 Mio. übrig. Zum Jahresende 2003 lebten noch 4,32 Mio. Einwohner in Sachsen, für 2020 wird eine Einwohnerzahl von 3,79 Mio. Einwohnern erwartet. Die Zuzugsregionen nach 1990 sind vor allem Bayern, das mittlere Neckargebiet, das Ruhrgebiet und der Großraum Hamburg. Die Zuwächse

¹ Die im folgenden zusammengestellten Daten basieren v.a. auf der Studie Demographischer Wandel ins Sachsen, Tagungsunterlagen für den Demographiegipfel ausgerichtet durch die Sächsische Staatskanzlei in Zusammenarbeit mit der Bertelsmann Stiftung am 21. April 2004, Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen. Ferner wurden herangezogen Steffen Kröhnert, Nienke van Olst, Reiner Klingholz, Deutschland 2020. Die demografische Zukunft der Nation, Berlin Institut für Weltbevölkerung und globale Entwicklung, Berlin 2004, Sachsen, S.46-49 sowie der Vortrag von Meinhard Miegel, Folgen der demographischen Entwicklung für Wirtschaft und Gesellschaft – Blickpunkt Ostdeutschland, gehalten am 18.11. 2003 im Rahmen des 7. Unternehmerkonventes des Ostdeutschen Sparkassen- und Giroverbandes, (= Meinhard Miegel, Demographische Veränderungen – Konsequenzen für Wirtschaft und Gesellschaft in Ostdeutschland, in: Positionen und Perspektiven 1 (2002), S.3-15).

dort sind also durchweg Wanderungsgewinne, ein Befund, den die Bevölkerungsprognose bis 2020 bestätigt und fortschreibt, da sich die alten mitteldeutschen Industriereviere, ja die ganze Mitte Deutschlands weiter entleeren werden.

Im Detailblick auf Sachsen zeigt sich, dass die Bevölkerungsentwicklung regional unterschiedlich verläuft. Hauptverlierer werden die östlichen Landkreise und kreisfreien Städte sein – die beiden kreisfreien Städte Görlitz und Hoyerswerda werden nochmals 25,7 % bzw. 37,0 % der Einwohnerschaft verlieren, der Niederschlesische Oberlausitzkreis und die Kreise Löbau – Zittau sowie Bautzen werden Bevölkerungsrückgänge von 22,1%, 18,2 und 14,0% zu verkraften haben. Auch Chemnitz wird noch einmal 8,2 % der Einwohner verlieren. Gewinner – wenn auch in bescheidenem Umfang – sind die Städte Leipzig und Dresden mit einem Plus von 1,4 % bzw. 2,7 %. Neben wenigen Stabilitätsinseln entstehen damit regionale Cluster starken Bevölkerungsverlustes– im ländlichen Bereich ebenso wie in den alten industriellen Zentren.

2. Sachsen gehört mit einem Altersdurchschnitt von aktuell 43,3 Jahren zu den „ältesten“ Bundesländern Deutschlands. Damit zusammen geht ein bemerkenswerter Männerüberschuss im gesamten Osten Deutschlands, der sich demographisch nochmals exponentiell auswirken wird. Der Kreis Löbau-Zittau ist Spitzenreiter in der Bundesrepublik mit nur noch 79,8 % Frauen auf 100 Männer.
3. Nicht zufällig liegen schon jetzt sieben von dreizehn Nationalparks in Ost- und Mitteldeutschland. Die Renaturierung von aufgelassenen bzw. demographisch ausgedünnten Flächen wird in Sachsen auch ohne weitere Gesetzesflankierung voranschreiten. Ohne jeglichen Naturschutz werden Tier- und Pflanzenarten, die durch die Industrialisierung des 19. und des 20. Jh. zurückgedrängt worden sind, zurückkehren. Schrumpfungsprozesse werden auch ein Neu- und Umdenken im institutionalisierten Naturschutz erzwingen.

Vor allem in Ostsachsen, am deutlichsten in der nördlichen Oberlausitz , also im Gebiet zwischen Kamenz und Görlitz, Zittau und Weißwasser, lassen sich die Folgen von Deindustrialisierung, Migration und Kontraktion bereits heute deutlich erkennen.

Als ein Beispiel sei Knappenrode , eine 1913 von Otto Werminghoff dicht bei Hoyerswerda gegründete Arbeitersiedlung, genannt, deren Gründung kausal mit der Einrichtung des Brikettwerkes verknüpft ist. Das Werk schloss 1993 seine Pforten und parallel dazu setzte die Flucht der erwerbsfähigen Bevölkerung aus der zugehörigen Arbeitersiedlung ein. Auch die Unterschutzstellung der Brikettfabrik als Kulturdenkmal und ihre inhaltliche Aufbereitung als Industriemuseum mit einer Gesamtinvestition von rund 12 Mio. Euro im Kontext der IBA Fürst - Pückler – Land vermag an dieser Tatsache nichts zu ändern, da ein Museum auch nicht annähernd das verloren gegangene Arbeitsplatzvolumen zu substituieren und die Bevölkerung auf Dauer am Ort zu binden vermag.

Gleiches für die Stadt Weißwasser, dem Hohl- und Flachglaszentrum der DDR, deren Stadtgrundriss durch die großen, heute weitgehend brachliegenden Hütten geprägt ist. Mit dem Wegfall der industriellen Grundlage entfällt in diesen, in landwirtschaftlichen Randertragslagen sehr spät und zugleich hoch spezialisiert industrialisierten Regionen der Siedlungsgrund. Weißwasser verliert jährlich 4,3% (2001) der Bevölkerung und hat damit das kritische Maß bereits weit überschritten.

Städte wie Hoyerswerda und Weißwasser werden mit Wegfall bzw. Reduktion der industriellen Grundlagen auf ihre vorindustrielle Größe einschrumpfen. Analoge Wüstungsprozesse treffen natürlich gleichermaßen das vor der Industrialisierung aufgrund der kargen Böden nur dünn besiedelte Umland. Es ist davon auszugehen, dass bis zur Mitte dieses Jahrhunderts Siedlungen wie Knappenrode weitgehend aufgelassen sein werden.

Evident ist damit auch, dass Orte in Ausbauregionen, d.h. Städte und Dörfer, die außerhalb der seit dem 11./12. Jh. genutzten Altsiedellandschaften liegen, wesentlich nachhaltiger betroffen sein werden. Die alten zentralen Orte hingegen, die an der alten via regia, die von Frankfurt am Main nach Breslau führte - ein Weg, den schon der arabische Kaufmann Ibrahim Ibn Fadlan im 10. Jh. beschreibt - und zugleich an den neuen durch die Autobahn markierten Handels- und Kommunikationswegen liegen, haben wohl bessere Überlebenschancen. Dies gilt für Bautzen, Kamenz und – trotz aktuell schlechter Prognosen – letztlich auch Görlitz an der Neiße, das erst mit der vollständigen Freizügigkeit zwischen Polen und Deutschland (2+3+2-Regelung)

seine zentralörtliche Funktion zwischen Dresden und Breslau wiedergewinnen können wird. Aber auch diese Städte wird die gravierende Schrumpfung vor allem der Wachstumsringe nach 1870 betreffen.

2. Denkmalpflege im Zeitalter von Schrumpfung und Migration

Sachsen hat rund 120.000 ausgewiesene Baudenkmale. Davon datieren mehr als 60 % in die Zeit nach 1870/71 bis 1990, nur knapp 30% lassen sich der vorindustriellen Zeit, also der Zeit vor 1830 zuweisen. Damit ist die Konfliktlage evident: ein großer Teil der als wertvoll und erhaltungswürdig identifizierten Bausubstanz liegt - sieht man einmal von den Stabilitätsinseln Dresden und Leipzig ab – in Regionen und Städten, die massiv vom demographischen Wandel betroffen waren und sein werden und daher der Aufgabe bzw. dem Abbruch auch denkmalgeschützter Bausubstanz nicht mehr ausweichen können werden.

Für die Denkmalpflege ist diese Begegnung mit einer unausweichlichen Wirklichkeit eine ebenso neue und wie erschreckende Erfahrung, der sie vielfach mit Ignoranz und Ablehnung begegnet. Soweit dies zu übersehen ist, sind Lösungsstrategien von Seiten der Denkmalpflege bisher nicht entwickelt, was nicht verwundert, da das notwendige Umdenken an die Grundlagen des in den vergangenen dreißig Jahren entwickelten Selbstverständnisses gehen wird.

Ganz knapp seien daher im folgenden die wichtigsten Entwicklungslinien der Denkmalpflege umrissen.

Die Denkmalpflege, vornehmlich die Baudenkmalpflege aber auch die archäologische Denkmalpflege ist, wie die Museen, ein Kind des Historismus der zweiten Hälfte des 19.Jh., der seinerseits – und hierin will ich Hermann Lübke gerne folgen – als eine Antwort auf die extrem beschleunigten, industrialisierungsbedingten Wandlungs- und **Wachstums**prozesse des 19. und frühen 20. Jh. zu verstehen ist. Museumsgründungen wie das Römisch-germanische Nationalmuseum in Nürnberg, das Römisch-Germanische Zentralmuseum in Mainz, die Gründung zahlloser Geschichts- und Altertumsvereine sind in diesem Kontext zu sehen. Letztere übrigens sind – von Konstanz bis Zittau – die ersten Träger denkmalpflegerischer Bemühungen um den Erhalt mittelalterlicher Stadthäuser und Kirchen. Kommunalpolitisch nehmen diese Vereine Einfluss auf Entwurf und Gestaltung neuer Stadtquartiere und Rathäuser – der Renaissancehabitus mancher Gründerzeitquartiere kündigt noch heute von den

Sehnsüchten und Aversionen dieser Generation. Die Heimatschutzbewegung der 20iger Jahre steht in dieser Tradition, wiewohl völkische Anklänge – ich denke dabei exemplarisch an die Rekonstruktion des mittelalterlichen Artushofes in Danzig bereits sichtbar waren und während des Dritten Reiches unverhohlen an der Regermanisierungspolitik z.B. im Osten partizipierten. Gregor Thum, einem Schüler Karl Schlögels, verdanken wir mit seinem aufsehenerregenden Buch „Breslau 1945 – eine fremde Stadt“ (2003) die Einsicht, dass auch nach 1945 die Denkmalpflege politisch in Dienst genommen wurde: die Innenstadt des heutigen Breslau beschreibt nichts anderes als den Versuch, ein polnisches, d.h. eine piastisch- mittelalterliches Breslau zu bauen, das an die Stelle der preußisch-deutschen Bauüberlieferung trat und der neu angesiedelten Bevölkerung einen Anknüpfung in Selbstverständnis und Herkommen erlauben sollte.

In der Bundesrepublik hingegen sind die Jahre nach 1945 gekennzeichnet durch eine deutliche Abkehr vom überkommenen Baubestand. Selbstverständnis und Strategie des Wiederaufbaues lässt sich am besten durch den markanten Satz von Max Guthert, dem Stadtplaner Ulms, umschreiben der „die alte Stadt als den Schoß bezeichnete, aus dem das Böse kroch“. Nur einige wenige Städte, so Münster, Freiburg oder auch Lübeck haben einen anderen Wiederaufbauweg verfolgt. In Mitteldeutschland hingegen – ich nenne Dresden oder Chemnitz – wurde nach der Zerstörung 1950 die Innenstadt komplett abgeräumt und dann als moderne, ideologisch zeitgemäße Anlage wiederaufgebaut. Die Denkmalpflege verharrte in der ihr zugewiesenen Nische. Erst in den achtziger Jahren, als die DDR die politische Legitimierungsqualität der Geschichte und damit der gebauten Substanz entdeckte, gelang es der Denkmalpflege, z.B. mit dem Wiederaufbau der Semperoper oder der Projektierung des Wiederaufbaues des Dresdner Schlosses, am politischen Diskurs zu partizipieren.

In der Bundesrepublik hingegen setzte ab der Mitte der sechziger Jahre ein Wandel im Verhältnis zur Denkmalpflege ein. Flankiert von dem ebenso wie berühmten wie falschen Satz, der Wiederaufbau habe in Westdeutschland mehr gewachsene Bausubstanz zerstört als der Krieg, lässt sich nahezu zeitgleich mit der Implementierung des Umweltschutzgedankens eine deutlich wachsende Akzeptanz gegenüber dem gebauten Erbe ab der Mitte der siebziger Jahre beobachten. Nicht nur Kunsthistori-

ker, sondern auch Architekten traten gegen substanzzerstörende Flächensanierung an. Dies führte – eingebettet in den zeittypischen gesellschaftskritischen Diskurs - zur Wiederentdeckung der „alten Stadt“. Die in den deutschen Ländern seit den frühen siebziger Jahren erlassenen neuen Denkmalschutzgesetze flankierten den Substanzerhalt und erleichterten ihn durch staatliche Zuschüsse.

Die Denkmalpflege westlich des Eisernen Vorhanges ist damit nicht nur eine Antwort auf die Transformations- und Modernisierungsprozesse des 19. und 20. Jh. – sie ist vielmehr – wie die Stadt- und Raumplanung - ein Kind dieses Wachstums-Jahrhunderts. Denn nur dort, wo Nachfrage und Wettbewerb herrschen und staatliche Ökonomien (vermeintlich) leistungsstark genug sind, um regulierende Steuerung finanziell zu überwölben, stehen Eingriffsverwaltungen überhaupt die Ressourcen und Arbeitsfelder zur Verfügung, die sie zur Zielerreichung benötigen. Dort, wo weder Wettbewerb noch Nachfrage und auch die staatlichen Haushalte schrumpfen, hat die traditionelle Denkmalpflege ein Orientierungsproblem.

1989 trafen west- und ostdeutsche Denkmalpfleger mit ihren sehr unterschiedlichen politischen Erfahrungen und Prägungen und sehr ähnlichen Hoffnungen und Befürchtungen aufeinander. Beide nämlich warnten vor dem die historische Bausubstanz vermeintlich verschlingenden Kapitalismus, vor der zerstörerischen Kraft unkontrollierter Investitionen und erreichten sehr schnell die Verabschiedung von Denkmalschutzgesetzen, die sich, v.a. in Sachsen, durch einen sehr extensiven Denkmalbegriff auszeichnen. Die **identitätsstiftende Wirksamkeit** von Einzeldenkmalen, aber auch von ganzen Quartieren, auch solchen, die wiederaufzubauen waren, ist der konsensuale Schlüsselbegriff gesamtdeutschen Denkmalpflegeselbstverständnisses. Dies ist nur zu verständlich auf dem Hintergrund der katastrophalen Vernachlässigung der DDR-Innenstädte bis 1989, so dass konsequenterweise Bund und Länder ab 1991 große Budgets für die Denkmalerfassung wie für die Sanierung von Kulturdenkmalen zur Verfügung stellten. In Sachsen flossen zwischen 1991 und 2003 rund 1,2 Mrd. Euro in die Sanierung von Kulturdenkmalen. Die hohen direkten und indirekten staatlichen Zuschüsse spiegeln sich im übrigen auch in den hohen Verkehrswerten von Kulturdenkmalen bis die Mitte der 90iger Jahre ebenso wie in der konservatorischen Auflagendichte wider.

Es gab daher – politisch, gesellschaftlich und nicht zuletzt unter den meinungsbildenden Eliten und Bauherren bzw. Investoren – einen hohen Konsens darüber, dass

der eingeschlagene Weg der richtige sei. Wer sollte sich denn auch darüber beschweren, Förderung für die Sanierung von Jahrhundertwendeliegenschaften in besten Lagen wie dem Chemnitzer Kaßberg, dem Weißen Hirsch in Dresden oder dem Musikerviertel in Leipzig zu erhalten. Jürgen Schneider hat sich nie über die Denkmalpflege beklagt – im Gegenteil, er verstand, dass sie der richtige Partner war, um mit seinen Investitionen die Herzen der Menschen und der Geldgeber zu erobern. Die in neuem Glanz und mit staatlichem Geld wiedererstandene Mädlerpassage ist selbstverständlich ein Leipziger Juwel. Mit viel Geld und Engagement ist es allen Beteiligten gelungen, scheinbar unrettbare Quartiere zu revitalisieren: unbestritten eine großartige Leistung, die die ganze Bundesrepublik bezahlt hat.

Das Einvernehmen zwischen Denkmalbesitzern und Denkmalpflegern auf den verschiedensten staatlichen Ebenen zerbrach allerdings dann, als die Denkmalförderung geringer wurde, die SonderAfA auslief und es sich abzeichnete, dass aufwendig sanierte Quartiere - sei es nun die Innenstadt von Görlitz oder auch Plattenbauviertel (deren städtebauliche Qualität partiell zu Unterschutzstellung führte) - kein nachhaltiger wirtschaftlicher Erfolg beschieden sein würde.

Zudem wurde deutlich, dass die ländlichen Hohertragslagen, d.h. die fruchtbaren Lößlandschaften Sachsens wie die Lommatzcher Pflege, trotz einer außergewöhnlichen reichen und qualitätsvollen Denkmalsubstanz kaum vom staatlichen Geldsegen hatten partizipieren können. Dort hatten nämlich LPG - Nachfolger und Wiedereinrichter sehr zügig die Modernisierung der Landwirtschaft vorangetrieben und nach 1990 in großem Umfang Mitarbeiter freigesetzt. Der erfolgreichen Intensivierung der Landwirtschaft folgte dort sehr schnell die demographische Extensivierung, so dass in fruchtbaren Landschaften halbleere Dörfer mit kostbaren Renaissanceschlössern und romanischen Kirchen stehen, die in z.T. jämmerlichem Zustand sind. In die Bausubstanz dieser Dörfer floss kaum Privatkapital und damit auch nur wenig staatliche Denkmalförderung. Sicherung, Erhalt und Nutzung zahlreicher Kirchen, Schlösser, Burgen und Gutshäuser in dieser im europäischen Wettbewerb sehr erfolgreichen Landwirtschaftsregion ist in weiten Teilen offen.

Auf diesem Hintergrund führt für uns Denkmalpfleger kein Weg daran vorbei, nach einem „heroischen“, für die Denkmalpflege überaus erfolgreichen Jahrhundert selbst-

kritisch Bilanz zu ziehen. Dazu gehört auch, unseren „Behauptungsvorrat“, d.h. unsere Denkparameter und „symbolischen“ Begriffe kritisch zu hinterfragen und auf ihre inhaltliche und strategische Belastbarkeit abzuklopfen. Der unausweichliche konsequente Paradigmenwechsel in der mittel- und ostdeutschen Raum- und Regionalplanung vom Wachstum zur Schrumpfung, die absehbar notwendige Konzentration ökonomischer und demographischer Potentiale und das Nachdenken über vernünftige Rückzugsstrategien aus der Fläche wird die Denkmalpflege zwingen, ihre semantischen Harmonisierungsstrategien aufzugeben und statt dessen ihren Begriffsapparat zu schärfen, veränderte Wirklichkeiten wahrzunehmen und auf diese zu reagieren.

3. Was ist zu tun?

1. **Wir müssen** uns von dem Gedanken trennen, dass Denkmalpflege und die daraus abzuleitenden Arbeitsplätze in denkmalnahen Gewerken eine reale, innovationsbasierte Ökonomie zu ersetzen vermögen. Die von Denkmalpflegern und Politikern geliebte Behauptung, dass gebaute Substanz identitätsstiftend sei, ist aus meiner Sicht nur insoweit richtig, als sie das Sahnehäubchen auf einer wirtschaftlich und demographisch soliden Gesellschaft ist. Nicht zufällig rangiert bei Investoren die Kultur – und dazu gehört die Denkmalpflege im weitesten Sinne – auf Platz 29 eines Prioritätenkataloges, in dem die Voraussetzungen für Ansiedlungskriterien genannt sind. Wichtiger noch als Kultur ist die Nähe zu Wasserstrassen!

Auch Tourismus, immer wieder ins Feld geführt, ist auf Dauer keine nachhaltige Ersatzindustrialisierung. In Dresden mag dies – trotz einer deutlichen Überalterung der Besucherklientel (euphemistisch „best agers“ oder „Generation 50+“ genannt) funktionieren. Weder in der Oberlausitz noch im Elbe-Elster Kreis wird die Tourismuswirtschaft, die Musealisierung von Gartenstädten und Industriebrachen, gar eine IGA Fürst- Pückler- Land produktive Arbeitsplätze substituieren und den demographischen Wandel beenden können.

2. **Wir müssen daher** den überaus schmerzlichen Befund akzeptieren, dass wir nicht unsere komplette gebaute Umwelt – so z.B. die in Sachsen überaus zahlreich vorhandenen Industriedenkmale, Jahrhundertwendequartieren, 20iger Jahre-Siedlungen erhalten werden können. Wir werden auch akzeptieren müssen, dass die Menschen mit den Füßen abstimmen, d.h., dass sie lärmgeplagte Gründerzeitstrassen verlassen – mag man ihnen dort noch so

attraktive, denkmalgeschützte Wohnungen bieten. Im Lärm wohnt man nur da, wo man muss – am Mittleren Ring in München beispielsweise. In Chemnitz muss man das nicht, da es genügend attraktiven, preiswerten Wohnraum in behaglicheren Stadtvierteln gibt.

3. **Es führt damit kein Weg daran mehr vorbei, Schwerpunkte in der Unterschutzstellung zu setzen**, darüber zu diskutieren, warum wir welches Gebäude erhalten oder aufgeben. Dies dürfte der schwierigste Teil der Übung sein, da sich die Bundesrepublik daran gewöhnt hat, genau dies nicht zu tun. Wenn es keinen Konsens gab, haben wir uns immer so entschieden, dass wir alles taten und im Zweifelsfall auch bezahlten. Dies ist zu Ende – auch in der Denkmalförderung. Die zur Verfügung stehenden Mittel sind absehbar begrenzt und daher müssen wir entscheiden, wohin sie fließen sollen.
4. **Wir müssen unsere inhaltliche Prioritätensetzung und damit die finanzielle Förderung transparent gestalten**. Aus meiner Sicht führt ein zukunftsweisender Argumentationsweg über den Alterswert der zu schützenden bzw. zu erhaltenen Gebäude. Aufgrund der Bauordnungen, einer sprunghaft ansteigenden Dokumentationsdichte ab dem letzten Drittel des 19. Jh. – Foto, Film, Baueingabepläne, Unterlagen von Architekturwettbewerben seien hier nur exemplarisch genannt – sind unsere jüngsten Denkmale diejenigen, die am besten dokumentiert sind. Zudem sind sie meist einphasig und damit **kein** geschichtlich über Jahrhunderte hochverdichtetes Zeugnis der Vergangenheit – anders als Kirchen, Burgen oder barocke Bürgerhäuser, die häufig einen mittelalterlichen Kernbau aufweisen. Weder Bauakten noch Fotos orientieren uns über die Bau- und Nutzungsgeschichte derartiger Liegenschaften.
Mein Votum ist daher: trennen wir uns vom Jüngsten, um das Älteste erhalten zu können. Nur mit dieser klaren Prioritätensetzung im städtischen Raum eröffnen wir auch eine Chance, um auch den ländlichen Raum, dort wo er eine bis ins Mittelalter führende bauliche *longue duree* aufzuweisen hat, zumindest exemplarisch retten zu können. Ich denke dabei an die mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Stadtkerne, Kirchen, Schlösser, Gutshäuser und auch Dörfer. Um allfälligen Missverständnissen vorzubeugen, in diesem Vorschlag stecke im Kern eine tiefe Verachtung der Moderne, sei angefügt: selbstverständlich darf die Scharounsche Villa Schmincke in Löbau nicht dem Verfall preisgegeben werden. Die Wüstenrot Stiftung hat sich hier wie in Ca-

puth zu Recht und überaus erfolgreich engagiert, ebenso wie die GGG, der wir die Rettung der Villa Esche verdanken. Aber auch bei diesen Highlights des 20. Jh. gilt: wir werden uns entscheiden müssen, was wir in die Zukunft mitnehmen können.

5. Substanz geht vor Kosmetik, privat geht vor staatlich und Beratung geht vor Regulierung.

Unsere Gesetze, die Baugesetzgebung wie die Denkmalschutzgesetze, Umweltschutzgesetzgebung wie das Gewerberecht sind geprägt von wachsenden, stürmischen Gesellschaften, die der Begrenzung der Regulierung bedürfen. Ich habe Ihnen eingangs gezeigt, dass wir keine stürmische, sondern eine lahrende Gesellschaft sind. Wir brauchen jeden, der etwas tut, der Kapital riskiert, der sich engagiert. **Wir brauchen nicht Regulierung, wir brauchen Motivation und exzellente Beratung.** Denkmalpflege der Zukunft heißt damit: beraten wir die Bauherren bitte so, dass die Substanz, der mittelalterliche Dachstuhl, der barocke Täfelung oder die Renaissancedecke mit einem überschaubarem Aufwand und ebenso überschaubaren staatlichen Zuschüssen erhalten bleiben. Reversible Eingriffe sind nicht mehr unser Thema, die gesetzflankierte Geschmackserziehung nicht Aufgabe der Denkmalpflege. Wer es nicht lassen kann, soll sein Haus violett streichen – **Substanz geht vor Kosmetik.**

Denkmalpflege der Zukunft heißt damit aber auch, sich gerade hier in Mitteldeutschland gegen die weit verbreiteten Wünsche und Anspruchshaltungen zu positionieren, dass jedes Herrenhaus oder Schloss in Teilbereichen öffentlich zugänglich sein muss. Nur der nachhaltige Respekt vor privat genutzten Liegenschaften und der Respekt vor privatem Engagement garantiert Nutzung und Erhaltung. Schlösser, die von ABM – finanzierten Ortschronisten fortgeschrittenen Alters genutzt werden, haben keine Perspektive. **Privat geht vor staatlich.**

6. Wir brauchen die Politik.

Vor uns liegt der Abschied von der Vision einer gleichmäßigen Entwicklung Mitteldeutschlands – aber auch größerer Teile Westdeutschlands. Die „Katakrisierung“, d.h. das unvermittelte (und kaum vermittelbare) Nebeneinanderexistieren von Stabilitätsinseln und rapid kontrahierenden Regionen, wird die Politik vor nicht gekannte Belastungsproben stellen, da die eingeübten und ge-

läufigen Strategien von Förderung und Umverteilung nicht mehr leistbar sein werden. Um wenigstens den bedeutendsten baulichen Zeugnisse in Schrumpfungsräumen Zukunft eröffnen zu können und sie nicht als Ruinen in Renaturierungsgebieten sich selbst zu überlassen, ist eine Bündelung staatlicher Förderpolitik zwingend notwendig und eine strategische und inhaltliche Synchronisierung der Fördermaßnahmen unumgänglich. Zum zweiten scheint es mir an der Zeit, den lange Jahre gepflegten Antagonismus zwischen Ökonomie und Kultur aufzulösen – nur wer eine Chance zum wirtschaftlichen Handeln ergreift, wird in Zukunft ein Partner der Denkmalpflege im Substanzerhalt sein können. Dort wo der Staat sich notwendigerweise aus der Fläche zurückziehen muss, muss er kompensativ Freiräume für individuelles und selbstverantwortetes Handeln eröffnen – die Zeit heroisch formulierter Denkmalhoffnungen und üppiger Förderung sind vorbei.

Dr. Judith Oexle

Landesarchäologin des Freistaates Sachsen

und Direktorin des Landesmuseums für Vorgeschichte

Zur Wetterwarte 7

01109 Dresden